Aus unseren Vereinigungen : Erklärung der Religiös-sozialistischen Vereinigung zur Initiative "für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene" im Kanton Zürich

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wenn dem Bund Friedensförderung so wenig wert ist, wie steht es dann wohl erst mit der Friedensforschung?

Friedensforschung als Bewusstseinsbildung lässt keine plötzlichen Resultate erwarten; sie verlangt Zuversicht und viel Geduld. Wir sehen aber keinen andern Weg und bitten alle Menschen guten Willens, uns auf ihm zu begleiten. Wir sammeln mit einem jährlich neu herausgegebenen Prospekt. In diesem Jahr haben drei Frauen aus unseren Sprachregionen das Wort; sie sprechen von ihren Ängsten, Sicherheitsvorstellungen und Erwartungen in Europa. Dieses Thema «Europa und die Frauen» haben wir vom vergangenen Jahr herübergenommen, und im zweiten Jahr erscheint auch der «frauenblick schweiz – europa» (Jahresabonnement Fr. 20.—, cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, Postfach 9621, 8036 Zürich). Neben diesem Bulletin unterstützen wir in diesem Jahr aus dem Friedensfonds, der von der Kampagne für den Frieden gespiesen wird, die französische Ausgabe einer Untersuchung über Rüstungskonversion, eine Publikation über die neuere Friedensbewegung in der Schweiz und schliesslich eine Arbeit über gewaltfreie Erziehung, die hoffentlich rechtzeitig zum «Jahr der Familie» erscheinen wird.

Frauen bauen am Frieden. Helfen Sie mit!

Renate Jordi

Kampagne für den Frieden:
- Evangelischer Frauenbund der Schweiz, Winterthurerstr 60, 8006 Zürich
- Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Postfach 7854, 6000 Luzern 7
- Frauen für den Frieden, Postfach 126, 1000 Lausanne 6
- Friedensfonds, PC 10-14986-6.

Aus unseren Vereinigungen

Erklärung der Religiös-sozialistischen Vereinigung zur Initiative «für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene» im Kanton Zürich

Die Religiös-sozialistische Vereinigung hat im Anschluss an ihre Veranstaltung vom 26. August 1993 über das AusländerInnenstimmrecht die nachstehende Erklärung zur kantonalzürcherischen Abstimmung am 26. September 1993 verabschiedet. Wir dokumentieren diesen Text, in der Meinung, er habe über den Tag hinaus Bestand.

Red.

Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist, muss auch das Recht haben, an ihnen mitzuwirken. Das ist ein Grundsatz der Demokratie. Das ist aber auch ein Menschenrecht. Wenn ein Sechstel der in der Schweiz lebenden Bevölkerung und ein Drittel der in der Schweiz arbeitenden Bevölkerung vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen bleiben, dann ist die Demokratie nicht mehr repräsentativ genug. Dann steht sie im Widerspruch zu sich selbst.

Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten am 26. September 1993 die Möglichkeit, den niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern wenigstens auf Gemeindeebene das Stimm- und Wahlrecht zu ermöglichen. Das ist wenig, gemessen am Grundrecht auf politische Partizipation, aber es ist wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Religiös-sozialistische Vereinigung unterstützt deshalb die Initiative «für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene». Die Vereinigung sieht in der Initiative vor allem auch ein notwendiges Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in diesem Land und in diesem Kanton.

Die Religiös-sozialistische Vereinigung appelliert insbesondere an die Kirchgemeinden, für die Initiative einzutreten. In der Kirche gibt es keine Ausländerinnen und Ausländer. «Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Frau» (Gal 3,28). Da ist auch nicht Ausländer noch Schweizer. Wer darum Christinnen und Christen ohne Schweizerpass die aktive Mitbestimmung in der Kirche verwehrt, hat das Evangelium gegen sich. Kirche sollte zum Modell einer «Demokratie für alle» werden und bezeugen, was der Exodusgott von seinem Volk im 3. Buch Mose verlangt: «Einerlei Recht soll für euch gelten, für den Fremden wie für den Einheimischen»(24,22).

Zürich, 26. August 1993

Für die Religiös-sozialistische Vereinigung:
Hansheiri Zürrer